

<https://www.agrarheute.com/politik/europas-bauern-zornig-proteste-frankreich-toten-615634> 23.1.2024

Europas Bauern sind zornig: Proteste in Frankreich mit einer Toten  
Nicht nur in Deutschland schwingen sich Landwirte auf ihre  
Zugmaschinen. Auch bei unseren Nachbarn brodelt es. Etwa in Frankreich  
und Rumänien.

Die [Bauernproteste in Deutschland halten an](#). Es geht längst nicht mehr  
nur um [Streichungen bei Subventionen](#). Der Agrardiesel war nur der  
Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat; allgemeine  
Unzufriedenheit vermiest Landwirten die Stimmung und lässt sie auf die  
Straße gehen. Und schaut man über die Grenzen, stehen auch anderswo  
in [Europa](#) die Landwirte auf der Straße.

Frankreich: Blockaden an Autobahnen

Bei unseren Nachbarn in Frankreich gehen Bauern ebenfalls gegen den  
Preis des Agrardiesels auf die Straße. Und auch gegen Umweltauflagen,  
hohe Energiekosten und vermehrt gegen die Folgen fehlenden Wassers.  
Zudem pochen sie auf Hilfe vom Staat, weil in der Region die  
Rinderseuche Epizootische hämorrhagische Krankheit (EHD) ausgebrochen  
ist.

Im Süden des Landes blockierten Landwirte Autobahnauffahrten, sogar  
Bahntrassen und die Zufahrt zu einem Atomkraftwerk. Bei den Protesten  
gab es einen Todesfall und zwei Schwerverletzte. Eine Landwirtin starb,  
als ein Autofahrer in Pamiers versuchte, ihre Straßensperre aus  
Strohballen zu durchbrechen. Ihr Mann und ihre Tochter wurden dabei  
schwer verletzt.

Frankreichs Politik buhlt um die Bauern

Man fürchtet eine ähnlich große Protestwelle wie vor ein paar Jahren die  
sogenannten Gelbwesten, die das Land lange in Atem gehalten hatten.  
Zudem versuchen sich Rechtsextreme auch in Frankreich den Unmut der  
Landwirte zu eigen zu machen. Kein Wunder, dass Frankreichs neuer  
Premier Gabriel Attal alles daran setzt, die Bauern wieder von der Straße  
zu holen. Er sagte, die Landwirtschaft sei eine „absolut zentrale

Angelegenheit“ seiner Regierung. Frankreich hätte die „qualitativ beste Landwirtschaft der Welt“. Er setzt den Diskurs mit Vertretern der französischen Bauern.

Rumänien: zwei Wochen Dauerprotest

Anderswo gehen Landwirte ebenfalls auf die Straße. In Rumänien beispielsweise demonstrieren Landwirte und Spediteure gegen die von der Regierung angekündigten Maßnahmen. Seit zwei Wochen geht das schon. Dabei blockieren sie mit mehreren Dutzend Lastwagen und Traktoren Zugänge zur Hauptstadt Bukarest, wichtige Verkehrsverbindungen, Grenzübergänge und den Schwarzmeerhafen Konstanza. ....

<https://www.agrarheute.com/management/betriebsfuehrung/marktmacht-einzelhandels-gross-landwirte-spielball-615697> 24.1.2024

Landwirte sind nur Spielball - Marktmacht des Einzelhandels zu groß  
Die Einzelhändler beherrschen den Lebensmittelmarkt, glauben viele Landwirte. Auch Schlachter und Molkereien haben mehr Marktmacht. Die Bauern sind das schwächste Glied in der Kette. Und sie bekommen den kleinsten Teil der Wertschöpfung, sagt die Initiative für faire Preise. „Die vier größten Lebensmittelkonzerne Edeka, Rewe, Lidl und Aldi beherrschen 85 Prozent des Lebensmittelmarktes in Deutschland. Mit dieser Marktmacht konnten sie die Lebensmittelpreise hochziehen, ohne die Erlöse angemessen an ihre Lieferanten in der Lebensmittelkette weiterzugeben“, sagt Reinhild Benning, Agrarexpertin der Deutschen Umwelthilfe (DUH), gegenüber tagesschau.de.

Allerdings werden die Preise für viele Produkte nicht zuletzt vom Weltmarkt bestimmt, sagte Jutta Roosen, Agrarökonomin an der TU München (TUM) und dort Chair of Marketing and Consumer Research gegenüber tagesschau.de. So sehen das auch der Handelsverband Deutschland (HDE) und der Handelsverband Lebensmittel (BVLH): „Für die Preisbildung [landwirtschaftlicher Rohstoffe sind Weltmarktpreise](#) bei allen [Produktgruppen von entscheidender Bedeutung](#)“, heißt es von den Verbänden. ....

<https://www.nius.de/Wirtschaft/naechste-horror-zahl-fuer-die-bauern-co2-preis-kostet-landwirte-fast-250-millionen-euro/9fe838ff-600b-4e31-8df2-86dabb03467c> 22.1.2024

Nächste Horror-Zahl für die Bauern: CO<sub>2</sub>-Preis kostet Landwirte fast 250 Millionen Euro!

Viele Landwirte sind sauer, dass die Ampel gerade in ihrer ohnehin schon extrem gebeutelten Branche den Sparhammer ansetzt. Ein immenser Kostenfaktor, der auf die Bauern zukommt, war dabei bislang kaum in der Diskussion.

Neben dem Abbau von Steuervorteilen für Agrardiesel kommen auf Bauern dieses Jahr nach Regierungsangaben rund 247 Millionen Euro Kosten für den steigenden CO<sub>2</sub>-Preis zu. Die Zahl nannte das Wirtschaftsministerium auf Anfrage des Linken-Abgeordneten Dietmar Bartsch.

Für 2025 beziffert das Ministerium die Summe des CO<sub>2</sub>-Preises beim Agrardiesel bereits auf 302 Millionen Euro. 2023 waren es 164 Millionen Euro. Bartsch forderte, die Belastung zu berücksichtigen und die Steuervorteile für Agrardiesel zu erhalten.

Bereits die Vorgängerregierung hatte beschlossen, dass die Verschmutzung durch Kohlendioxid, die beim Verbrennen von Diesel und anderen fossilen Treibstoffen entsteht, im Sinne des Klimaschutzes jährlich teurer werden soll. Die Ampel-Regierung setzt dies fort. So ist der Preis je Tonne CO<sub>2</sub> von bisher 30 Euro auf 45 Euro gestiegen, nächstes Jahr soll er auf 55 Euro angehoben werden. Das trifft alle, die mit Verbrennermotoren fahren.

Insgesamt Mehrbelastung von 700 Millionen Euro

Laut Ministerium lag der CO<sub>2</sub>-Preisanteil je Liter Diesel, unabhängig vom Verwendungszweck, 2023 bei 8,0 Cent – in diesem Jahr sind es 12 Cent und 2025 dann 14,7 Cent, jeweils ohne Mehrwertsteuer. Bei Landwirten fällt das ins Gewicht, weil Maschinen oft viel Treibstoff verbrauchen. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums wird von insgesamt zwei Milliarden Liter Agrardiesel pro Jahr ausgegangen.

Bartsch sagte der Deutschen Presseagentur: „Dass die Bauern in diesem Jahr 247 Millionen Euro für den CO2-Preis zusätzlich auf ihren Agrardiesel bezahlen müssen, blendet die Bundesregierung offenbar völlig aus.“ Wer den Bauern dazu ihre Steuervorteile auf Agrardiesel nehme, habe die Situation vieler Höfe nicht verstanden. „Unterm Strich, mit CO2-Preis, ohne Agrardiesel-Vergünstigung, geht es um eine Mehrbelastung für die Landwirte von über 700 Millionen Euro“, rechnete Bartsch vor. Das sei inakzeptabel. ....